

**Teil 2**

**Ausschussvorlage INA 19/55 – öffentlich –**

**Stellungnahmen der Anzuhörenden**

zu dem

**Gesetzentwurf  
der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen  
Spielbankgesetzes  
– Drucks. [19/5243](#) –**

|     |   |       |
|-----|---|-------|
| 10. | Spielbank Wiesbaden GmbH & Co. KG                 | S. 1  |
| 11. | Hessischer Datenschutzbeauftragter                | S. 3  |
| 12. | Betriebsrat der Spielbank Wiesbaden GmbH & Co. KG | S. 4  |
| 13. | Magistrat der Stadt Kassel                        | S. 5  |
| 14. | Francois-Blanc-Spielbank GmbH Bad Homburg         | S. 7  |
| 15. | Hessischer Städtetag                              | S. 26 |
| 16. | Magistrat der Stadt Bad Homburg                   | S. 29 |



Geschäftsführung

1

ADRESSE

Spielbank Wiesbaden GmbH & Co. KG  
Kurhausplatz 1 · D-65189 Wiesbaden

KONTAKT

Tel.: +49 (0) 611 536 100

Fax: +49 (0) 611 536 199

info@spielbank-wiesbaden.de

www.spielbank-wiesbaden.de

Spielbank Wiesbaden GmbH & Co. KG,  
Kurhausplatz 1, 65189 Wiesbaden

BANK

Commerzbank AG Wiesbaden

BLZ: 510 800 60

KTO.-NR: 0103 0103 00

BIC: DRESDEFF510

IBAN: DE73 5108 0060 0103 0103 00

Hessischer Landtag  
Der Vorsitzende des Innenausschusses  
z.Hd. Frau Dr. Ute Lindemann  
Schlossplatz 1-3  
65183 Wiesbaden

Tel.: 06 11/5 36-1 00

Fax: 06 11/5 36-1 99

krautwald@spielbank-wiesbaden.de

Wiesbaden, 2. November 2017

**Gesetzesentwurf  
der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des  
Hessischen Spielbankgesetzes**

**-Drucks. 19/5243**

**Ihr Schreiben vom 9. Oktober 2017**

**Mündliche Anhörung im Innenausschuss am 9. November 2017**

**Schriftliche Stellungnahme vorab / Ihr Aktenzeichen: I A 2.1**

Sehr geehrte Frau Dr. Lindemann,

gemäß § 7a Abs. 3 des Entwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Spielbankengesetzes (Entwurfssassung) kann der Spielbankunternehmer die gegen ihn festgesetzte Umsatzsteuer zukünftig nur noch insoweit mit der Spielbankabgabe verrechnen, wie die Umsatzsteuer auf Umsätze entfällt, die selbst der Spielbankabgabe unterliegen. Diese in der Entwurfssassung nunmehr sehr eng gefasste Verrechnungsmöglichkeit der gegen den Spielbankunternehmer festgesetzten Umsatzsteuer führt zukünftig auch zu einer deutlichen Schlechterstellung des **Spielbankpersonals**, die aller Voraussicht nach vom Gesetzgeber so nicht erkannt resp. politisch so nicht gewollt sein wird. Denn die nach einem Grundsatzurteil des Bundesfinanzhofs v. 1.9.2010 (DB 2011, S. 574) auf den automatischen Tronceinbehalt zu entrichtende Umsatzsteuer könnte dann nicht mehr, wie bisher, vom Spielbankunternehmer auf die Spielbankangabe angerechnet und anschließend vom Spielbankunternehmer den Mitarbeitern der Spielbank (über den Tronc) als Gehaltsbestandteil vergütet werden. Allein den Mitarbeitern der Spielbank Wiesbaden GmbH & Co. KG würde dadurch jährlich ein sechstelliger Eurobetrag an Gehalt entzogen werden.




GESCHÄFTSGRÜNDUNG

Da dies politisch sicher nicht gewollt ist, regen wir an, § 7a Abs. 3 der Entwurfsfassung nach Satz 1 um folgenden Satz zu ergänzen:

„Die auf den automatischen Troncheinbehalt erhobene Umsatzsteuer gilt zusätzlich als Maßgebende Umsatzsteuer.“

Mit freundlichen Grüßen  
Spielbank Wiesbaden GmbH & Co. KG



Andreas Krautwald



## DER HESSISCHE DATENSCHUTZBEAUFTRAGTE

DER HESSISCHE DATENSCHUTZBEAUFTRAGTE  
Postfach 31 63 · 65021 Wiesbaden

Hessischer Landtag  
Herrn Horst Klee  
Vorsitzender des Innenausschusses  
Schlossplatz 1 – 3  
65183 Wiesbaden

|                              |             |
|------------------------------|-------------|
| Aktenzeichen                 | 73.50-ro/tr |
| Bitte bei Antwort<br>angeben |             |
| zuständig                    | Herr Rydzy  |
| Durchwahl 14 08 -            | 124         |
| Ihr Zeichen                  |             |
| Ihre Nachricht vom           |             |
| Datum                        | 01.11.2017  |

### Anhörung zum Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des hessischen Spielbankgesetzes – Drucks. 19/5243 –

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

vielen Dank für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Es empfiehlt sich, § 16 Abs. 4 des Entwurfs an § 4 Abs. 2 BDSG neu wie folgt anzupassen, um die notwendigen Informationspflichten nach der Datenschutz-Grundverordnung zu erfüllen.

„Der Umstand der Beobachtung sowie der Name und die Kontaktdaten des Verantwortlichen sind durch geeignete Maßnahmen erkennbar zu machen.“

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Ronellenfitsch

Unsere telefonische Erreichbarkeit: Mo.-Do. von 8:30 bis 12:00 Uhr sowie 13:00 – 16:00 Uhr und Fr. von 8:30 bis 12:00 Uhr  
Persönliche Termine bitte mit vorheriger Absprache

Gustav-Stresemann-Ring 1 · 65189 Wiesbaden · Telefon (06 11) 14 08-0 · Telefax (06 11) 14 08-9 00 oder -9 01  
E-Mail [poststelle@datenschutz.hessen.de](mailto:poststelle@datenschutz.hessen.de) · Internet <http://www.datenschutz.hessen.de>  
Bankverbindung: Kontoinhaber HCC/Kanzlei Hess.Landtag/DB · IBAN DE67 5005 0000 0001 0053 62 · BIC HELADEFXXX

Spielbank Wiesbaden GmbH & Co. KG  
Kurhausplatz 1 · D-65189 Wiesbaden

KONTAKT

Tel.: +49 (0) 611 536 100

Fax: +49 (0) 611 536 199

info@spielbank-wiesbaden.de

www.spielbank-wiesbaden.de

Betriebsrat der Spielbank Wiesbaden GmbH & Co. KG,  
Kurhausplatz 1, 65189 Wiesbaden

BANK

Commerzbank AG Wiesbaden

BLZ: 510 800 60

KTO.-NR: 0103 0103 00

BIC: DRESDEFF510

IBAN: DE73 5108 0060 0103 0103 00

Hessischer Landtag  
Der Vorsitzende des Innenausschusses  
z.Hd. Frau Dr. Ute Lindemann  
Schlossplatz 1-3  
65183 Wiesbaden

Tel.: 06 11/5 36-1 11

Fax: 06 11/5 36-1 99

betriebsrat@spielbank-wiesbaden.de

Wiesbaden, 2. November 2017

**Gesetzesentwurf**

**der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Spielbankgesetzes**

**-Drucks. 19/5243 / Ihr Schreiben vom 9. Oktober 2017**

**Mündliche Anhörung im Innenausschuss am 9. November 2017**

**Schriftliche Stellungnahme vorab / Ihr Aktenzeichen: I A 2.1**

Sehr geehrte Frau Dr. Lindemann,

als Betriebsratsvorsitzender und somit als Interessenvertreter aller Mitarbeiter/Innen der Spielbank Wiesbaden, nehme ich zum Entwurf der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Spielbankgesetzes wie folgt Stellung:

Die nunmehr sehr eng gefasste Verrechnungsmöglichkeit der festgesetzten Umsatzsteuer geht eindeutig zu Lasten aller Mitarbeiter/Innen der Spielbank Wiesbaden.

Sollte, wie im Entwurf vorgesehen, die auf den automatischen Troncheinbehalt zu entrichtende Umsatzsteuer zukünftig nicht mehr auf die Spielbankabgabe angerechnet werden können, würden allen Mitarbeiter/Innen unseres Hauses ein Betrag von 200.000 € plus jährlich an Gehalt entzogen werden, was so sicher nicht beabsichtigt ist.

Unter diesem Gesichtspunkt bitten wir darum, den Entwurf an dieser Stelle (§ 7a, Abs. 3) nochmals zu überdenken und zu erweitern.

Mit freundlichen Grüßen  
Spielbank Wiesbaden GmbH & Co. KG



Friedhelm Höbel  
Betriebsratsvorsitzender

34112 Kassel documenta Stadt

Hessischer Landtag  
Der Vorsitzende des  
Innenausschusses  
Schlossplatz 1-3

65183 Wiesbaden

**Kassel** documenta Stadt

**Mündliche Anhörung im Innenausschuss des Hessischen Landtages zum Gesetzentwurf  
der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Spielbankgesetzes**  
Ihr Schreiben vom 9. Oktober 2017; Az.: I A 2.1

30. Oktober 2017  
1 von 2

Guten Tag, sehr geehrter Herr Vorsitzender Klee,  
guten Tag, sehr geehrte Damen und Herren,

wir freuen uns, dass uns Gelegenheit gegeben wird, zum Gesetzentwurf der  
Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Spielbankgesetzes Stellung  
zu nehmen.

Grundsätzlich ist der vorliegende Gesetzentwurf aus Sicht der Stadt Kassel sachgerecht, mit  
einer Ausnahme:

Die vorgesehene Regelung des § 13 – Gemeindeanteil hält die Stadt Kassel – wie auch  
bisher – nicht für gemeindefreundlich. Seit dem Erlass des Hessischen Spielbankgesetzes  
im Jahr 2007 wird der Anteil der Gemeinden an der Spielbankabgabe nur noch von der um  
die Umsatzsteuerzahllast der Spielbankunternehmen geminderten Spielbankabgabe  
ermittelt. Dies hat bei den Standortgemeinden, so auch bei der Stadt Kassel, zu erheblichen  
finanziellen Einbußen geführt.

Die Landesregierung hat in der Begründung des Gesetzentwurfs für ein Hessisches  
Spielbankgesetz vom 22. August 2007 zu § 13 – Gemeindeanteil ausgeführt: „Diese  
Verminderung des Anteils der Spielbankgemeinden soll soweit durch entsprechende  
Zuweisungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs (Landesausgleichsstock)  
ausgeglichen werden, wie dieser an dem erhöhten Umsatzsteueraufkommen partizipiert.“  
Dem Rechnung tragend wurden den Spielbankgemeinden in den letzten zehn Jahren  
erfreulicherweise Zuweisungen aus dem Landesausgleichsstock zum teilweisen Ausgleich  
der Mindereinnahmen aus der Spielbankabgabe infolge der Umsatzbesteuerung der  
Spielbanken bewilligt.

Bereits zur Evaluation des Hessischen Spielbankgesetzes im Jahre 2011 hatte die Stadt  
Kassel eine verlässlichere Lösung zur Kompensation des teilweisen Wegfalls der bisherigen



Spielbankabgabe, z.B. eine verbindliche Regelung über eine Anhebung des kommunalen Anteils an der Spielbankabgabe, angeregt.

2 von 2

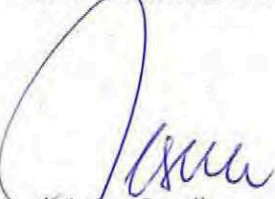
Mit dem Bewilligungsbescheid vom 23. Mai 2017 über die Zuweisung für das Jahr 2016 wurde der Stadt Kassel mitgeteilt, dass die Zuweisung letztmalig für das Jahr 2016 gezahlt werde. Nach über zehnjähriger Berücksichtigung des Wegfalls der Umsatzsteuerbefreiung sei ab dem Jahr 2017 keine besondere Härte mehr gegeben, die eine Zuweisung aus dem Landesausgleichsstock begründen könnte.

Durch den Wegfall der Zuweisungen aus dem Landesausgleichsstock kommen die bundesrechtlich verursachten Mindereinnahmen aus der Spielbankabgabe mit einer Verzögerung von zehn Jahren jetzt voll zum Tragen. An den ausschlaggebenden Gründen für einen – teilweisen – Ausgleich der Mindereinnahmen hat sich aus Sicht der Stadt Kassel nichts geändert.

Die Stadt Kassel schlägt daher vor, im Spielbankgesetz in § 13 den kommunalen Anteil an der Spielbankabgabe – unter Berücksichtigung der Mindereinnahmen aus der Umsatzbesteuerung der Spielbanken – konkret festzulegen.

Alternativ sollte das bisherige Verfahren mit einer Zuweisung aus dem Landesausgleichsstock beibehalten werden.

Mit freundlichen Grüßen



Christian Geselle  
Oberbürgermeister

KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft  
THE SQUAIRE / Am Flughafen, 60549 Frankfurt am Main

Holger Reuter  
Francois-Blanc-Spielbank GmbH  
Bad Homburg v.d.H.  
Kaiser-Wilhelms-Bad  
61288 Bad Homburg

**KPMG AG**  
**Wirtschaftsprüfungsgesellschaft**

THE SQUAIRE / Am Flughafen  
60549 Frankfurt am Main  
Postfach 75 03 53  
60533 Frankfurt am Main

T 069 9587-0  
F 069 9587-1050  
www.kpmg.de

3. November 2017

Ihr Zeichen

Unser Zeichen  
2017.11.03 - Stellungnahme  
Änderung Spielbankgesetz.docx

Ansprechpartner  
Rolf Weidt  
T +49 69 9587-2112

## **Änderung des Hessischen Spielbankgesetzes**

Sehr geehrter Herr Reuter,

Sie hatten uns gebeten, ihre Interessen im Hinblick auf den unter dem 8. September 2017 durch die Hessische Landesregierung in den Hessischen Landtag eingebrachten Gesetzesentwurf zur Änderung des Hessischen Spielbankgesetzes (Landtags-Drucksache 19/5243), zu vertreten.

### **I. Auftragsbeschreibung und Vorgehensweise**

Wir erlauben uns, Sie über die Auswirkungen der geplanten Gesetzesänderung für die öffentlich zugelassenen Spielbanken zu informieren und auf die Konsequenzen für die betroffenen Spielbanken hinzuweisen. Dabei möchten wir den Schwerpunkt auf die Regelungen zu den Spielbankstandorten (§ 2 SpielbG-E), zur Umsatzsteuer (§ 7a SpielbG-E) und zur Ermäßigung der Spielbankabgabe (§ 11 SpielbG-E) legen.

Zur Darstellung werden wir zunächst die aktuelle Regelung darstellen und die wesentlichen Änderungen des Gesetzesentwurfs beschreiben. Anschließend werden wir die Auswirkungen auf die Spielbanken und die Spielbankgemeinden erläutern.

### **II. Sachverhalt**

Mit dem Gesetzesentwurf soll das Hessische Spielbankgesetz vom 15. November 2007 (GVBl. S. 753), geändert durch Art. 8 des Gesetzes vom 27. September 2012 (GVBl. S. 290) geändert werden. Die erste Lesung fand bereits statt. Nun soll die zweite und dritte Lesung vorbereitet werden und dabei Vertreter der Spielbankgemeinden angehört werden.

Seite 1 von 19



### III. Zusammenfassung

1. Die geplante Änderung hinsichtlich der Spielbankstandorte (§ 2 SpielbG-E) bürgt vor dem Hintergrund einer weiteren Spielbank im Stadtgebiet von Frankfurt am Main erhebliche finanzielle Risiken für die bestehenden Spielbanken im Rhein-Main-Gebiet und führt zu einem massiven Einbruch der Bruttospielerträge.
2. Die geplante Änderung der Regelung zur Tilgung der Umsatzsteuer (§ 7a SpielbG-E) sind hinsichtlich der Begrifflichkeit der Tilgung zu unklar und auslegungsbedürftig.
3. Die Anknüpfung der Tilgungsregelung an die Belastung mit Spielbankabgabe führt zu einer verfassungsrechtlich unzulässigen Doppelbelastung mit Umsatzsteuer und Spielbankabgabe.
4. Das Anknüpfen der Abgabenermäßigung an die Vorlage einer Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 1 oder § 5 EStG führt zu einer finalen und im Umsatzsteuersystem nicht vorgesehenen Belastung des Spielbankunternehmers mit Umsatzsteuer.

### IV. Stellungnahme

#### 1. Spielbankstandort (§ 2 SpielbG-E)

##### a) Derzeitige Gesetzeslage

Unter Geltung des derzeitigen Spielbankgesetzes dürfen Spielbanken in Bad Homburg, dem Transitbereich des Frankfurter Flughafens, Kassel mit seiner Zweigstelle in Bad Wildungen und Wiesbaden betrieben werden. Im Rhein-Main-Gebiet sind daher aktuell zwei frei zugängliche und eine beschränkt zugängliche Spielbank erlaubt. Dies stellt sicher, dass das Bedürfnis nach klassischem Glücksspiel im Rhein-Main-Gebiet befriedigt wird, ohne die Wirtschaftlichkeit der Spielbankbetreiber zu gefährden.

Dabei spielte die derzeit nicht betriebene Spielbank im Transitbereich des Frankfurter Flughafens eine besondere Rolle. Sie wurde auf Grundlage des geltenden Spielbankgesetzes 2012 wiedereröffnet. Spielberechtigt waren alle ankommenden und abfliegenden Fluggäste des internationalen Flugverkehrs von oder nach Staaten außerhalb des Schengen-Abkommens. Insoweit bediente die ehemalige Spielbank einen ganz eigenen Besucherkreis und konnte daher nicht als direkter Konkurrent der Spielbanken in Bad Homburg und Wiesbaden betrachtet werden.

##### b) Geplante Änderung

Nach § 2 SpielbG-E wird nicht mehr wie bisher der Betrieb einer Spielbank in Bad Homburg, Wiesbaden, Kassel und dem Transitbereich des Frankfurter Flughafens zugelassen, sondern es ist nur noch allgemein der Betrieb von 4 Spielbanken in Hessen erlaubt, wobei es der Landesregierung vorbehalten wird, über die Standorte zu bestimmen.

### **c) Auswirkungen auf die bestehenden Spielbanken und Spielbankgemeinden**

Die Regelung ist aus zwei Gründen zu kritisieren. Zum einen bedeutet der Änderungsvorschlag eine Kompetenzverschiebung vom Landtag zur Landesregierung. Während bislang gesetzlich die Standorte durch den Hessischen Landtag geregelt war, soll nach dem Entwurf allein die Landesregierung über die Standorte entscheiden können. Dies betrifft zum einen die Frage, ob in den derzeitigen Spielbankgemeinden (Bad Homburg, Kassel und Wiesbaden) nach Ablauf der Konzession weiterhin eine Spielbank betrieben werden darf. Zum anderen betrifft dies die Frage, ob und in welcher Gemeinde eine weitere Spielbank betrieben werden darf.

Gerade für die Stadt Bad Homburg als mittelbare Anteilseignerin der Francois-Blanc-Spielbank GmbH bürgt diese Entscheidung sowohl für die Frage, ob sie über die Beteiligungserträge an den Spielerträgen partizipiert als auch über den ihr zustehenden Anteil an der Spielbankabgabe ein erhebliches Einnahmerisiko.

Vor dem Hintergrund der erheblichen finanziellen Auswirkungen dieser Entscheidungen auf den Haushalt der Spielbankgemeinden sollte der Landesgesetzgeber auf seine Zuständigkeit nicht verzichten und wie im derzeitigen Spielbankgesetz die Spielbankgemeinden deutlich definieren.

Neben dieser Kompetenzverschiebung bürgt die Regelung auch inhaltlich erhebliche finanzielle Risiken. Derzeitige werden nur noch Spielbanken in Bad Homburg, Kassel und Wiesbaden betrieben. Der Entwurf sieht den Betrieb einer weiteren Spielbank vor, wobei insbesondere der Betrieb einer Spielbank in der Frankfurter Innenstadt im Raum steht.

Diese unmittelbare räumliche Konkurrenz zwischen den einzelnen Spielbanken beurteilen wir aus wirtschaftlichen und fiskalpolitischen Gründen als äußerst kritisch.

Gerade die Errichtung einer weiteren Spielbank in Frankfurt am Main wäre mit weitreichenden Konsequenzen insbesondere für die Spielbank in Bad Homburg verbunden. Gemäß der Begründung des SpielbG-E sind die Erträge der Spielbanken in Hessen in den letzten Jahren um etwa 25 % zurückgegangen, weshalb eine Ermäßigung der maximalen Abgabenlast um 5 Prozentpunkte vorgeschlagen wurde.

Wird nun eine weitere Spielbank in Frankfurt am Main errichtet, so verschlechtert sich zwangsläufig die Ertragslage der bestehenden Spielbanken im Rhein-Main-Gebiet, da das Spielpotential der Zielgruppe weitestgehend erschöpft sein dürfte und durch die örtliche Nähe der Spielbank zum Kunden nur mit einer geringen Steigerung der Besucher insgesamt im lokalen Einzugsgebiet gerechnet werden kann. Im Rhein-Main-Gebiet konkurrieren derzeit neben den beiden hessischen Spielbanken in Bad Homburg und Wiesbaden auch noch die Spielbank in Mainz um die Gäste. Dabei kann zum derzeitigen Zeitpunkt keine der drei Spielbanken Erlöse erzielen, welche nach dem Verbot der Übermaßbesteuerung eine Abgabenbelastung von 75 % rechtfertigen würde.



Das Potenzial an Spielbankbesuchern im Rhein-Main-Gebiet wird durch die vorhandenen Spielbanken in Mainz, Wiesbaden und Bad Homburg weitestgehend ausgeschöpft, so dass mit einer weiteren Spielbank kein höherer Gesamtspielertrag generiert werden könnte.

Die Errichtung einer weiteren Spielbank im Stadtgebiet von Frankfurt am Main hätte daher einen erheblichen Einfluss auf die Ertragslage der Spielbank in Bad Homburg, da ein Großteil der Besucher der Francois-Blanc-Spielbank GmbH Bad Homburg (FBS) aus dem Einzugsgebiet einer Spielbank in Frankfurt am Main kommt. Erhebungen aus 2015 zeigen, dass über 40 % der Besucher der FBS aus Frankfurt oder Offenbach kommen. Es ist zu erwarten, dass diese Besucher sich auf die dann zwei vorhandenen Spielbanken im Großraum Frankfurt verteilen werden, was einen massiven Einbruch der Bruttospielerträge und korrespondierend hierzu der Troncerträge. Da die FBS tarifrechtlich verpflichtet ist, Garantiegehälter zu zahlen, würden infolge der Erhöhung der Zuschüsse zu den Personalkosten die Ausgaben steigen.

Da bereits verfassungsrechtlich dem Spielbankunternehmer ein nach wirtschaftlichen Grundsätzen angemessener Anteil am Gewinn zu belassen ist, wäre die Spielbankabgabe gegenüber der FBS massiv zu senken. Dies wiederum würde zu erhebliche Einnahmerückgänge für der öffentlichen Haushalte von Land und Gemeinde führen.

Umgekehrt wäre auch eine Spielbank in Frankfurt am Main allein wirtschaftlich kaum tragbar, da sie wegen der Konkurrenzsituation zur Spielbank in Bad Homburg ebenfalls nicht das volle Spielpotential abschöpfen könnte. Auch diese Einrichtung wäre auf erhebliche Abgabenermäßigungen angewiesen. Im Ergebnis würde die Errichtung einer weiteren Spielbank in Frankfurt am Main die Einnahmen aus der Spielbankabgabe insgesamt verringern, da die Gesamterträge bei erhöhten Ausgaben durch eine dritte vorzuhaltende hessische Spielbank deutlich steigen würden.

An diesem Ergebnis würde sich auch nichts ändern, wenn eine potentielle Spielbank durch einen Zusammenschluss der bestehenden Spielbankbetreiber ausgeübt wird. Zum einen hätte die Errichtung einer Spielbank in Frankfurt am Main aufgrund der Nähe einen deutlich stärkeren Einfluss auf die Spielbank in Bad Homburg. Insofern würden die Spielbanken in Kassel und Wiesbaden von einem solchen joint venture profitieren, während sich durch die zunehmende Konkurrenz für die Spielbank in Bad Homburg im Ergebnis nur ein negativer Effekt ergeben würde. Insofern würde ein solcher Zusammenschluss auch zu Wettbewerbsverzerrungen führen, insbesondere, wenn dieser potentiellen Spielbank in Frankfurt am Main noch Abgabenermäßigungen gewährt werden würden.

Im Übrigen würde die Errichtung einer neuen Spielbank in Frankfurt am Main sowohl durch einen neuen Betreiber als auch durch ein joint venture der bereits bestehenden Betreiber zu einem Verdrängungswettbewerb führen, welcher erhebliche Grundrechtsrelevanz hätte (Verdrängungs- und Auszehrungswettbewerb als Eingriff in die Berufsfreiheit). Ein solcher Verdrängungswettbewerb ließe sich nur dadurch vermeiden, dass die FBS als derzeitige Betreiber der Spielbank in Bad Homburg selbst eine Spielbank oder einen Zweigspielbetrieb in Frankfurt am Main betreibt. Nur hierdurch ließen sich Synergieeffekte erzeugen, ohne dass sich die Bruttospielerträge der FBS im Ergebnis verringern würden.



Abschließend sei noch angemerkt, dass im Fall einer Zulassung einer Spielbank in Frankfurt am Main – sei es durch einen neuen Betreiber oder durch ein joint venture der bestehenden hessischen Spielbankbetreiber – die Geschäftsgrundlage des bisherigen Spielbankkonzessionsvertrags zwischen der Stadt Bad Homburg und der FBS vom 29. November 2012 wegfallen würde. Nach § 10 des Spielbankkonzessionsvertrags stellt die Zulassung einer Spielbank in Frankfurt am Main außerhalb des Transitbereichs des Flughafens eine wesentliche Änderung der Geschäftsgrundlagen dar, welche eine Anpassung des Vertrags zu Folge hat. Die Vertragsparteien waren sich insofern – ebenso wie das damals zustimmende Hessische Ministerium des Innern und für Sport – einig, dass eine solche konkurrierende Spielbank einen erheblichen Einfluss auf das wirtschaftliche Umfeld der FBS haben wird, welcher es unmöglich macht, die zwischen den Vertragsparteien ausgehandelten Erlösziele zu realisieren.

## **2. Tilgung der Umsatzsteuer (§ 7a SpielbG-E)**

### **a) Derzeitige Rechtslage**

Die Spielbankgesetze der Länder sehen bzw. sahen historisch weitgehend eine Spielbankabgabe in Höhe von 80% (vgl. § 8 Abs. 1 und § 9 SpielbG) der Bruttospielerlöse (Spieleinsätze abzüglich Gewinne der Spieler) vor. Der Abgabensatz von 80% erklärte sich durch eine entsprechende Gesamtbelastung durch laufende Steuern (Einkommensteuer, Gewerbesteuer, Vermögensteuer, Umsatzsteuer) im Jahr 1954,<sup>1</sup> dem Jahr der Festlegung der Höhe der Spielbankabgabe. Ferner sehen die jeweiligen Landesgesetze Ermächtigungen vor, nach denen die erlaubniserteilende Behörde vertraglich weitere Leistungen (§ 10 SpielbG) dem Spielbankunternehmer auferlegen kann.

Nach § 7 Abs. 2 SpielbG sind die Spielbanken von den unmittelbar im Zusammenhang mit dem Spielbetrieb stehenden Steuern, die vom Einkommen und Vermögen erhoben werden, sowie von der Lotteriesteuer befreit, um eine Doppelbelastung zu vermeiden. Daneben sieht § 8 Abs. 5 SpielbG eine Regelung vor, wonach die zu entrichtende Umsatzsteuer aus dem Aufkommen der Spielbankabgabe getilgt wird.

Die derzeitige Regelung zur Anrechnung der Umsatzsteuer an die Spielbankabgabe war eine Reaktion auf die Änderung des Umsatzsteuergesetzes infolge der Entscheidung des Gerichtshofs der Europäischen Union (EuGH) vom 17. Februar 2005. Ohne Rücksicht auf die Art der veranstalteten Glücksspiele waren die Umsätze von Spielbanken bis zum Jahr 2006 gemäß § 4 Nummer 9 Buchst. b des Umsatzsteuergesetzes (UStG) steuerfrei, soweit sie unmittelbar mit dem Betrieb der Spielbank zusammenhingen.

---

<sup>1</sup> Spitzensteuersatz Einkommensteuer 1954: 63,45%  
Gewerbesteuer 1954: ca. 9%  
Umsatzsteuer 1954: 4% vom Umsatz, jedoch Allphasenbruttosystem  
Vermögenssteuer 1954: 0,6% auf das relevante Vermögen

Nachdem der EuGH mit Urteil vom 17.02.2005 (Az. C-453/02 – Slg. 2005, I S. 1131 und Az. C-462/02 – Slg. 2005 I S. 1166) diese Regelung wegen der Steuerpflicht für von nicht öffentlich zugelassenen Spielbanken erbrachten vergleichbaren Umsätze für nicht mit dem Gemeinschaftsrecht vereinbar erklärt hatte, zog der deutsche Gesetzgeber hieraus mit Gesetz vom 28. April 2006 (BGBl I 2006, 1095) die Konsequenz und strich die Befreiung der Umsätze öffentlicher Spielbanken mit Wirkung ab 05.02.2006 (zur Gesetzesbegründung vgl. BT-Drs 16/634, S.11 und BR-Drs 037/05, S. 10).

Dabei ist jedoch zu bedenken, dass es sich bei § 4 Nr. 9 Buchst. b UStG a.F. um eine Vorschrift zur Verhinderung einer Doppelbesteuerung handelte. Zu diesem Ergebnis gelangte der Bundesfinanzhof bereits im Gutachten vom 21. Januar 1954 (BStBl. 1954 III, 122), in dem er die Spielbankabgabe nicht nur als Steuer im Sinne der Abgabenordnung beurteilte, sondern darüber hinaus bezüglich der Umsatzsteuerbefreiung von Spielbanken feststellte, dass die Befreiung kein Privileg der Spielbanken darstelle, sondern eine Doppelbesteuerung vermeiden wolle.

Die Streichung der Umsatzsteuerbefreiung nach § 4 Nr. 9 Buchst. b UStG a.F. hätte demnach eine umsatzsteuerliche Doppelbelastung für öffentliche Spielbanken zur Folge gehabt. Infolgedessen wurden sämtliche Spielbankgesetze mit einer Anrechnungsnorm versehen. Hessen wählte dabei die Terminologie der Tilgung, wenngleich damit die Anrechnung gemeint ist (vgl. Begründung der Landesregierung, Drs. des Hessischen Landtags 16/7654).

### **b) Geplante Änderung**

Mit dem Entwurf des Hessischen Spielbankgesetzes soll die Anrechnung der Umsatzsteuer auf die Spielbankabgabe neu geregelt werden. Dafür wurde mit § 7a SpielbG-E eine neue Norm geschaffen, welche an die Stelle des § 8 Abs. 5 SpielbG treten soll. Aus systematischer Sicht ist die Schaffung eines neuen § 7a SpielbGE zu begrüßen. Im Einzelnen ergeben sich jedoch erheblich Bedenken gegen die vorgeschlagenen Regelungen:

#### **(1) Absatz 1 i.V.m. Absatz 3**

Nach § 7a Abs. 1 SpielbG-E soll die Umsatzsteuer, welche nach Abzug der Vorsteuer verbleibt (Umsatzsteuerzahlbetrag) durch das Aufkommen an Spielbankabgabe getilgt werden. Maßgebende Umsatzsteuer soll nach § 7a Abs. 3 SpielbG-E die Umsatzsteuer sein, welche auf Umsätze des Spielbankunternehmers anfällt, die selbst der Spielbankabgabe unterliegen.

Die vorgeschlagene Regelung ist aus zwei Gründen zu kritisieren:

##### **i. Begriff der Tilgung**

Zum einen ist der Begriff der Tilgung sowohl des bisherigen § 8 Abs. 5 SpielbG als auch des § 7a Abs. 1 SpielbG-E missverständlich. Dieser Begriff wirft Auslegungsfragen auf, welche derzeit in einem finanzgerichtlichen Verfahren geklärt werden. Im Vergleich zu der hessischen Regelung verwenden u.a. die Spielbankgesetze aus Nordrhein-Westfalen (§ 12 Abs.



3 Satz 2 SpielbG-NRW), Mecklenburg-Vorpommern (§7 Abs. 7 Satz 2 SpielbG-MV) und Rheinland-Pfalz (§ 6 Abs. 4 Satz 1 SpielbG-RP) den Wortlaut der Anrechnung. Sofern nicht von Anrechnung gesprochen wird, ordnen die Spielbankgesetze der übrigen Länder eine Ermäßigung um die geschuldete und zu entrichtende Umsatzsteuer an (vgl. nur Art. 5 Abs. 8 Satz 1 SpielbG-BY und § 33 Abs. 5 Satz 1 LandesglücksspielG-BW).

Vor dem Hintergrund eines Gleichklangs der Regelungen zur Anrechnung der Umsatzsteuer auf die Spielbankabgabe wäre eine deutlichere Formulierung wünschenswert, um weitere Unstimmigkeiten mit der Finanzverwaltung zu verhindern. Da die hier getroffene Ausgleichsregelung zwischen der Spielbankabgabe und der durch den Spielbankunternehmer zu entrichtenden Umsatzsteuer auf einer bundeseinheitlichen Regelung beruht, sollte sich der gewählte Terminus im Gleichklang mit den übrigen Bundesländern befinden, um so Verzerrungen im Hinblick auf den Länderfinanzausgleich zu verhindern und die Wettbewerbsfähigkeit der Hessischen Spielbanken gegenüber den Spielbanken in den angrenzenden Bundesländern zu nicht zu verschlechtern.

## ii. Umsatzsteuer auf Tronceinbehalt und Rezeptionseinnahmen

Daneben beeinträchtigt die vorgeschlagene Änderung auch die Wirtschaftlichkeit des Spielbankunternehmers. Anders als in den Regelungen anderer Landesgesetzgeber, wo auf die „auf den unmittelbaren Spielbetrieb entfallende“ oder „durch den Betrieb der Spielbank bedingte“ Umsatzsteuer abgestellt wird (vgl. § 4 Abs. 1 Satz 2 SpielbG Schleswig-Holstein, § 12 Abs. 5 SpielbG Sachsen-Anhalt, § 11 Abs. 8 Satz 1 SpielbG Sachsen, § 14 Abs. 3 Satz 1 Saarländisches SpielbG, § 4 Abs. 9 Satz 1 Niedersächsisches SpielbG, § 7 Abs. 7 Satz 2 SpielbG Mecklenburg-Vorpommern, § 5 Abs. 3 Satz 2 SpielbG Hamburg, § 5 Abs. 8 Satz 1 SpielbG Bayern), schlägt der Entwurf einen völlig eigenen Weg ein, welcher zu erheblichen Mehrbelastungen für den Spielbankunternehmer führen wird.

Nach der Gesetzesbegründung soll mit der Neuregelung eine Doppelbelastung von Leistungen mit Umsatzsteuer entfallen, die bereits mit Spielbankabgabe belastet sind. Nicht anzurechnen werden soll die Umsatzsteuer, welche auf Rezeptionseinnahmen wie Eintritts- und Garderobengelder sowie auf den automatisch einbehaltenen Tronc entfällt. Letzterer entsteht, wenn Besucher im Rahmen des sog. Kleinen Spiels an den Automaten spielen und dabei die Option wählen, einen Tronc zu zahlen, welcher automatisch vom Gewinn einbehalten wird.

Der Gesetzesbegründung ist an dieser Stelle zu widersprechen. Sowohl die Rezeptionseinnahmen als auch der automatische Tronc unterlagen in der Vergangenheit bei der FBS der Spielbankabgabe.

## **Systematik der Spielbankabgabe und Auswirkungen auf die Betriebseinnahmen**

Mit der Konzession zum Betrieb einer Spielbank wird regelmäßig die Möglichkeit zur Erzielung sehr hoher Gewinne eröffnet. Diese Gewinne sollen zugunsten der öffentlichen Haushalte möglichst weitgehend, d.h. bis zur Wirtschaftlichkeitsgrenze abgeschöpft werden. Dem



Spielbankbetreiber soll lediglich ein angemessener Gewinn verbleiben (BFH, Beschl. v. 30.10.2014 – IV R 2/11). Dieses Ziel kann mit der herkömmlichen Besteuerung nicht erreicht werden. Zur Verwirklichung dieses Ziels ist daher eine besondere Regelung erforderlich, die mit der Spielbankabgabe angestrebt wird. Die möglichst hohe Abschöpfung soll einerseits durch den - gemessen an den herkömmlichen Steuern - exorbitant hohen Steuersatz erreicht werden, andererseits dadurch, dass die Spielbankabgabe nicht nach dem Gewinn, sondern nach dem Bruttospielertrag bemessen wird, d.h. die Kosten des Spielbankunternehmers sich nicht unmittelbar abgabemindernd auswirken.

Auf der anderen Seite wird diese Regelung der Spielbankabgabe nur dadurch praktikabel, dass ihr eine umfassende Befreiung von den übrigen Steuern gegenübersteht (vgl. § 6 SpielbankenVO 1938, § 7 Abs. 2 SpielbG). Die Regelung über die Spielbankabgabe einerseits und die umfassende Steuerbefreiung andererseits stehen in untrennbarem Zusammenhang. Nur so wird auch die notwendige Transparenz erreicht, die es dem Gesetzgeber ermöglicht, die durch die Spielbank erzielten Gewinne bis zur Grenze der Wirtschaftlichkeit tatsächlich abzuschöpfen, diese Grenze aber andererseits nicht zu überschreiten (BFH, Urteil vom 08.03.1995 - II R 10/93).

Bei der Ermittlung des angemessenen Gewinns sind alle Betriebseinnahmen und –ausgaben zu berücksichtigen, welche durch den Spielbetrieb veranlasst sind. Ob dabei der Gewinn nach handelsrechtlichen oder steuerrechtlichen Vorschriften ermittelt wird, spielt im Ergebnis keine Rolle, da sowohl die Rezeptions- als auch die Tronceinnahmen berücksichtigt werden. Lediglich ein abgrenzbarer Nebenbetrieb, der nicht im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Betrieb der Spielbank steht, würde keine Berücksichtigung finden.

Da sich die Spielbankabgabe insoweit auch am angemessenen Gewinn orientieren muss, unterliegen die Rezeptions- und Tronceinnahmen zumindest mittelbar der Spielbankabgabe. Dies verdeutlicht auch die nachfolgende Übersicht zur Ermittlung des angemessenen Gewinns für 2015:

Übersicht 1: Belastung Tronc- und Rezeptionseinnahmen mit Spielbankabgabe

| Gewinn- und Verlustrechnung            | gesamt        |               |
|--|---------------|---------------|
|  | 2015          |               |
|  | Ist           |               |
|  | 67,8%         | 67,8%         |
|  | TEUR          |               |
| Bruttospielerlöse Klassisches Spiel    | 9.304         | 9.304         |
| Bruttospielerlöse Automatenspiel       | 14.890        | 14.890        |
| USt. auf BSE                           | -3.863        | -3.863        |
| Umsatzerlöse Gastronomie               | 1.301         | 1.301         |
| Sonstige Erträge                       | 400           | 292           |
| hiervon Rezeptionseinnahmen            | 108           | 0             |
| <b>Gesamtleistung</b>                  | <b>22.033</b> | <b>21.925</b> |
| Spielbankzuschuss Personalkosten       | 4.209         | 4.209         |
| hiervon Ausgleich durch Automatentronc | -1.776        | 0             |
| Spielbankabgaben Land/Stadt            | 16.405        | 16.404        |
| Konzessionsabgaben                     | 0             | 0             |
| USt. Zahllast                          | -3.569        | -3.569        |
| Warenverbrauch Gastronomie             | 517           | 517           |
| Sonstige betriebliche Aufwendungen     | 5.410         | 5.410         |
| <b>Betriebsergebnis</b>                | <b>838</b>    | <b>-1.045</b> |
| <b>Finanzergebnis</b>                  | <b>112</b>    | <b>112</b>    |
| <b>Ergebnis g.G.<sup>1)</sup></b>      | <b>950</b>    | <b>-933</b>   |
| Steuern                                | 1             | 1             |
| <b>Ergebnis</b>                        | <b>949</b>    | <b>-934</b>   |
| Anpassung Spielbankabgabe              | 0             | 1.883         |
| Spielbankabgabe nach Anpassung         | 16.405        | 14.521        |
| <b>Spielbankabgabe in Prozent</b>      | <b>67,8%</b>  | <b>60,0%</b>  |



Die Finanzverwaltung ging bei der Bemessung der Spielbankabgabe von einem angemessenen Gewinn in Höhe von 949 TEUR aus. Dabei wurden neben den Rezeptionseinnahmen von 108 TEUR auch Einnahmen aus dem Automatentronc in Höhe von 1.776 TEUR berücksichtigt (gelb hervorgehoben). Ohne diese Einnahmen wäre die Spielbankabgabe um fast 2 Mio. EUR niedriger ausgefallen. Da für die Bemessung des angemessenen Gewinns indes alle Betriebseinnahmen und –ausgaben, die im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Spielbetrieb stehen, berücksichtigt werden, hat sich die Spielbankabgabe durch diese Einnahmen deutlich erhöht.

Insoweit ist die Aussage in der Gesetzesbegründung zu kurz gegriffen, wenn es heißt, dass die Rezeptions- und Tronceinnahmen nicht der Spielbankabgabe unterliegen würden. Vielmehr liegt auch bei diesen Einnahmen eine Doppelbelastung vor, wovon der Spielbankunternehmer nach dem vom BFH aufgestellten Grundsätzen befreit werden muss.

Wie die nachfolgende Tabelle zeigt, würde sich durch die Einbeziehung der Tronc- und Rezeptionseinnahmen die Steuerbelastung auch um über 1 % erhöhen, was angesichts der intendierten abschöpfenden Wirkung der Spielbankabgabe unzulässig ist.

Übersicht 2: Abgabenbelastung Spielbank Bad Homburg

|   | 2015                    |                      |                                      |                      |
|---|-------------------------|----------------------|--------------------------------------|----------------------|
|   | derzeitige Gesetzeslage |                      | lt. Begründung des Änderungsgesetzes |                      |
|   | %                       | €                    | %                                    | €                    |
| Bruttospielerträge (BSE)                      |                         | 24.196.498,50        |                                      | 24.196.498,50        |
| Festgesetzte Spielbankabgabe                  | 67,80%                  | 16.404.548,25        |                                      | 16.404.548,25        |
| Umsatzsteuer auf automatischen Tronc          |                         |                      |                                      | 230.045,75           |
| Umsatzsteuer auf Rezeptionseinnahmen          |                         |                      |                                      | 17.240,33            |
| Umsatzsteuerbelastung (verrechnete Vorsteuer) |                         | 402.705,01           |                                      | 402.705,01           |
| Troncabgabe (4 % der Tronceinnahmen)          |                         | 307.779,66           |                                      | 307.779,66           |
| <b>Steuerbelastung bezogen auf BSE</b>        | <b>70,73%</b>           | <b>17.115.032,92</b> | <b>71,76%</b>                        | <b>17.362.319,00</b> |

Daneben verkennt die Begründung auch, dass nach Ansicht des Bundesfinanzhofes die Troncabgabe ebenso wie die Spielbankabgabe eine Steuer im Sinne des § 3 Abs. 1 AO ist (BFH, Urteil vom 8. März 1995 – II R 58/93, BStBl. II 1995, 438), sodass die Umsatzsteuer hierauf den Spielbankbetreiber ebenfalls in unzulässiger Weise doppelt belasten würde.

Hinzu kommt, dass der automatische Tronceinbehalt nach Auffassung des Bundesfinanzhofes (BFH, Urteil vom 1. September 2010 – V R 32/09, DStRE 2011, 306) eng mit der eigentlichen Spielleistung verknüpft ist und ein Entgelt für die Spielmöglichkeit und die Gewinnchance darstellt. Gleiches gilt für die Rezeptionseinnahmen, insbesondere die Eintrittsgelder, welche unter anderem auch deshalb erhoben werden, um die gesetzlich geforderten Zutrittskontrollen zu finanzieren.

Gerade wegen der engen Verknüpfung von Spielleistung und Aufwendung nahm der Bundesfinanzhof die Umsatzsteuerbarkeit des automatischen Tronceinhalts an. Daraus folgt aber auch zugleich, dass der automatische Tronceinbehalt zwar nicht als Spieleinsatz und somit nicht (unmittelbar)<sup>2</sup> als der Spielbankabgabe unterliegt, wohl aber als eine Art Benutzungsgebühr durch den Spielbetrieb bedingt ist. Er ist damit unmittelbar mit dem Spielbetrieb verbunden, was sich insbesondere daran zeigt, dass die Troncabgabe nach § 7 Abs. 1 SpielbG zu den Abgaben des Spielbetriebs gehört.

iii. Zusammenfassung und Vorschlag für eine gerechte Ausgestaltung der Umsatzsteueranrechnung

Unserer Auffassung nach sollte jegliche Umsatzsteuer, die auf Leistungen des Spielbankunternehmers entfällt, welche im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Spielbetrieb stehen, auf die Spielbankabgabe angerechnet werden. Dies entspricht der gängigen Rechtsprechung zum Verhältnis der Umsatzsteuer zur Spielbankabgabe, fügt sich in die Systematik der Spielbankabgabe als Steuer sui generis ein und entspricht dem ursprünglichen Sinn und Zweck der Befreiungsvorschriften zur Spielbankabgabe.

Die Besteuerung der Spielbankunternehmer auf Basis des Bruttospielertrags hatte ursprünglich die Zielrichtung, an Stelle sämtlicher anderer Steuerarten zu treten, denen Unternehmen unterliegen. Auch während der Geltung des § 4 Nr. 9 b UStG a. F. stand außer Frage, dass Rezeptionseinnahmen und Garderobengelder von der Umsatzsteuerbefreiung der Spielbanken umfasst waren.

Lediglich Umsätze des Spielbankunternehmers, die auf andere „Nebenbetriebe“ im (ertrag)steuerlichen Sinn entfallen (im Fall der FBS lediglich die Restauration), wurden von der Steuerbefreiung nicht erfasst.

U. E. ist dieser Grundsatz weiterhin beizubehalten. Die Nichtanrechenbarkeit der Umsatzsteuer, die auf Rezeptionseinnahmen und Tronceinnahmen entfällt, führt zu einer unmittel-

---

<sup>2</sup> Zur mittelbaren Verknüpfung mit Spielbankabgabe siehe oben.



baren Belastung des Spielbankunternehmers, da er diese Umsatzsteuer nicht an die Spielgäste weitergeben kann.

Wir schlagen daher die folgenden Änderungen vor:

#### § 7a SpielbG-E:

„(1) *Übersteigt in einem Umsatzsteuervoranmeldungszeitraum die maßgebliche Umsatzsteuer die maßgebliche Vorsteuer, wird der übersteigende Betrag unter Berücksichtigung des Abs. 2 auf die Spielbankabgabe angerechnet (Anrechnungsbetrag).*

(2) *Abs. 2 entfällt*

(3) *Abs. 3 wird zu Abs. 2 und wird wie folgt gefasst:*

Maßgebende Umsatzsteuer im Sinne des Abs. 1 ist die der Festsetzung zugrunde gelegte Umsatzsteuer der Spielbankunternehmerin oder des Spielbankunternehmers, soweit sie auf Umsätzen der Spielbankunternehmerin oder des Spielbankunternehmers beruht, *die im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Betrieb der Spielbank stehen*. Maßgebende Vorsteuer im Sinne des Abs. 1 ist die nach dem Umsatzsteuergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Februar 2005 (BGBl. I S. 386), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Juli 2017 (BGBl. I S. 2745), abziehbare und abzugsfähige Vorsteuer für Leistungen, die die Spielbankunternehmerin oder der Spielbankunternehmer zur Ausführung von Umsätzen verwendet, *die im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Betrieb der Spielbank stehen*. Dies gilt auch dann, wenn die Spielbankunternehmerin oder der Spielbankunternehmer von dem Recht auf Vorsteuerabzug keinen Gebrauch macht.“

#### (2) Absatz 2

Nach § 7a Abs. 2 SpielbGE soll ein zu erstattender Vorsteuerüberschuss eines Umsatzsteuervoranmeldungszeitraums bei der Ermittlung des Tilgungsbetrags des nächsten Umsatzsteuervoranmeldungszeitraums von der auf den unmittelbaren Spielbetrieb entfallenden, zu entrichtenden Umsatzsteuer als Minderungsbetrag abgezogen werden. Soweit dieser Minderungsbetrag nicht zur Geltung kommt, wird er im darauffolgenden Voranmeldungszeitraum berücksichtigt. Hierdurch soll verhindert werden, dass ein negativer Tilgungsbetrag entsteht. Im Ergebnis wird eine sich ergebende Umsatzsteuererstattung auf den folgenden Voranmeldungszeitraum verschoben, sodass eine Anrechnung mit der Spielbankabgabe im Folgemonat erfolgt. Eine tatsächliche Erstattung des Vorsteuerüberschusses erfolgt jedoch nicht.

U.E. nach stellt die Regelung eine unzulässige Durchbrechung des Mehrwertsteuersystems dar. Die Regelung führt dazu, dass die Verrechnung der Spielbankabgabe mit der Umsatzsteuer im Folgemonat zu Gunsten des Fiskus vermindert wird, da sich die Umsatzsteuerzahl last im Folgemonat verringert. Die Umsatzsteuer ist konzipiert als Allphasennettobesteuerungssystem mit Vorsteuerabzug, bei der final nur der Endverbraucher mit Umsatzsteuer belastet werden soll. Entsteht in einem Veranlagungszeitraum ein Vorsteuerüberhang, so muss der Unternehmer im Ergebnis befreit werden. Wird der Vorsteuerüberhang hingegen in den Folgemonat übertragen und dort zur Verrechnung gebracht, so bleibt der Spielbankun-

ternehmer final mit den Vorsteuerbeträgen belastet, da unabhängig von der Höhe der abziehbaren Vorsteuerbeträge eines Veranlagungszeitraums die Spielbankabgabe auf die Umsatzsteuer angerechnet werden würde. Die vorliegende Regelung zum Minderungsbetrag hat insoweit Europarechtsrelevanz, da das deutsche Umsatzsteuerrecht umfassend durch die Mehrwertsteuersystem-Richtlinie geschützt wird. Die Regelung sollte daher richtlinienkonform ausgestaltet werden, indem ein Vorsteuerüberhang sich nach den Regelungen des Umsatzsteuergesetzes regeln soll.

### **3. Ermäßigung Spielbankabgabe (§ 11 SpielbG-E)**

#### **a) Derzeitige Gesetzeslage**

Unter Geltung des derzeitigen Spielbankgesetzes ist die Ermäßigung der Spielbankabgabe fallbezogen geregelt. Daneben hat sich in der Praxis ein weiterer Ermäßigungsanspruch aus §§ 163, 227 AO etabliert, welcher sich aus dem Übermaßverbot gebildet hat. Demnach ist dem Spielbankunternehmer ein nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit angemessener Anteil am Gewinn zu belassen (ständige Rechtsprechung, vgl. nur BFH, Urteil vom 08.03.1995 - II R 10/93 m.w.N.).

Grundlage des Ermäßigungsanspruchs war dabei eine auf gesicherte betriebswirtschaftlicher Grundlage beruhende Prognose über die voraussichtliche wirtschaftliche Entwicklung der Spielbank (§ 11 Abs. 6 SpielbG). Diese Prognose erfolgt anhand der handelsrechtlichen Bilanzierungsvorschriften.

#### **b) Geplante Änderung**

Mit § 11 SpielbG-E wird von einer fallbezogenen Ermäßigungsmöglichkeit auf den in der Praxis vorherrschenden Ermäßigungsanspruch anhand des Übermaßverbots umgestellt (§ 11 Abs. 1 SpielbG-E). Grundlage des Ermäßigungsanspruchs soll dabei die Gewinnermittlung nach § 4 Abs.1 oder § 5 EStG sein (§ 11 Abs. 2 SpielbG-E), also letztlich eine Steuerbilanz.

#### **c) Auswirkungen auf die bestehenden Spielbanken und Spielbankgemeinden**

##### **(1) Ermäßigungsgrund**

Die Umstellung auf einen Ermäßigungsanspruch anhand des Übermaßverbots ist als logische Konsequenz der bereits gelebten Praxis zu begrüßen. Damit wird eine Regelung geschaffen, welche sich an den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts und des Bundesfinanzhofs orientiert. Mit der Anknüpfung an die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit wird dem Hessischen Ministerium des Innern und für Sport mehr Entscheidungsspielraum eingeräumt, um im Einzelfall eine Abgabenbelastung festzusetzen, welche dem Spielbankbetreiber ermöglicht, wirtschaftlich zu agieren und damit seinen Aufgaben, insbesondere hinsichtlich der Spielsuchtprävention nachzukommen.



Problematisch erscheint lediglich, dass die Spielbankabgabe und die zusätzliche Leistung nur ermäßigt werden können, wenn keine weiteren Leistungen erhoben werden. Der derzeitige Spielbank-Konzessionsvertrag für die FBS sieht in § 7 Abs. 3 zusätzliche Leistungen vor, auf die nach § 7 Abs. 3 Satz 2 des Spielbank-Konzessionsvertrags für die FBS jedoch verzichtet werden kann. Hiervon wird derzeit Gebrauch gemacht. Daneben sieht § 7 Abs. 4 des Spielbank-Konzessionsvertrags für die FBS bruttospielertragsabhängige weitere Leistungen vor. Ein Verzicht ist nicht vorgesehen.

Werden die dort aufgeführten Bruttospielerträge erreicht, würde die Neuregelung dazu führen, dass trotz eines handels- und steuerbilanziellen Verlustes eine Ermäßigung nach § 11 Abs. 1 SpielbG-E nicht mehr möglich wäre. Dies stellt einen Verstoß gegen das verfassungsrechtlich verankerte Übermaßgebot dar.

Daneben würde durch die Anknüpfung an die Nichterhebung von weiteren Leistungen die Ermäßigung in unzulässiger Weise in die Hände der Spielbankgemeinden gelegt werden. Da jedoch nach Art. 104 Abs. 2 der Hessischen Verfassung i.V.m. der Mitteilung der Landesregierung betreffend der Zuständigkeit der einzelnen Ministerien und Minister nach Art 104 Abs. 2 der Verfassung des Landes Hessen vom 20. Februar 2014 einzig das Hessische Ministerium des Innern und für Sport für das Glücksspielrecht mitsamt seiner Ermäßigungen zuständig ist, würde dies auch gegen die verfassungsmäßige Kompetenzzuweisung des Glücksspielrechts verstoßen.

Insoweit ist die Anknüpfung der Ermäßigung der Spielbankabgabe an die Nichterhebung der weiteren Leistungen aufzuheben.

## (2) Gewinnermittlungsgrundlage

Für den Fall, dass der Gesetzentwurf der Landesregierung so umgesetzt wird, ergeben sich erhebliche finanzielle Auswirkungen auf die Spielbankbetreiber, da der Gesetzentwurf nicht die Besonderheiten des Zusammenspiels der Spielbankabgabe mit der Umsatzsteuer berücksichtigt.

Da nur die Umsatzsteuer-Zahllast von dem Aufkommen der Spielbankabgabe getilgt wird, kommt es zu einer finalen Belastung des Spielbankunternehmers mit Umsatzsteuer und damit zu einem entsprechenden Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung. Gemäß § 9b Abs. 1 EStG ist die abziehbare Vorsteuer (dies ist die gezahlte Umsatzsteuer in der Eingangsrechnung eines Unternehmers, der nach dem Mehrwertsteuersystem nicht mit Umsatzsteuer belastet werden soll) nicht als Teil der Anschaffungskosten zu aktivieren. Vielmehr ist für sie steuerbilanziell eine Forderung gegen das Finanzamt einzustellen, welche nach Erstattung durch das Finanzamt auszubuchen ist.

Sinn und Zweck des § 9b Abs. 1 EStG ist die Verhinderung der doppelten Abziehbarkeit der Vorsteuer, einmal in der Umsatzsteuer und einmal in der Einkommensteuer. Die Vorschrift dient also dazu, die (neutrale) Vorsteuer aus den Anschaffungs- und Herstellungskosten herauszuhalten. Die Vorsteuer hat keinen Kostencharakter. Sie ist entsprechend dem System des Umsatzsteuerrechts kostenneutral zu stellen. Denn wirtschaftlich betrachtet ist die abzugsfähige Umsatzsteuer ein durchlaufender Betrag.

Bei normal Bilanzierenden ist der Vorgang daher einkommensneutral, was nachfolgende Buchungssätze verdeutlichen:

*Beispiel: Kauf eines Stuhls für 119 EUR*

|                                    |     |    |      |     |
|------------------------------------|-----|----|------|-----|
| Einkauf Stuhl                      |     |    |      |     |
| Betriebs- und Geschäftsausstattung | 100 | an | Bank | 119 |
| Vorsteuer                          | 19  |    |      |     |
|                                    |     |    |      |     |

|                      |    |    |           |    |
|----------------------|----|----|-----------|----|
| Erstattung Vorsteuer |    |    |           |    |
| Bank                 | 19 | an | Vorsteuer | 19 |

Anders verhält es sich bei einer Spielbank durch die Anrechnung des Umsatzsteuerzahlungsbetrags (also Umsatzsteuer abzüglich Vorsteuer) auf die Spielbankabgabe. Die gezahlte und nach § 15 UStG abziehbare Vorsteuer mindert die Umsatzsteuerzahllast. Damit kommt es nach § 8 Abs. 5 SpielbG bzw. § 7a Abs. 1 SpielbG-E zu einer Erhöhung der Spielbankabgabe, da der Tilgungsbetrag niedriger wird. Buchungstechnisch ist daher wie folgt zu buchen:

*Beispiel: Kauf eines Stuhls für 119 EUR durch Spielbankunternehmer*

|                                    |     |    |           |     |
|------------------------------------|-----|----|-----------|-----|
| Einkauf Stuhl                      |     |    |           |     |
| Betriebs- und Geschäftsausstattung | 100 | an | Bank      | 119 |
| Vorsteuer                          | 19  |    |           |     |
|                                    |     |    |           |     |
| Erstattung Vorsteuer               |     |    |           |     |
| Aufwand Spielbankabgabe            | 19  | an | Vorsteuer | 19  |



Der Vorgang ist daher aufwandswirksam. Dabei handelt es sich nicht nur um ein geringes buchungstechnisches Problem, sondern hat erhebliche Auswirkungen auf den Gewinn des Spielbankunternehmers, wie nachfolgende Übersicht zeigt:

Übersicht 3: Auswirkungen der Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 1 und § 5 EStG

|  | 2015         |                   | 2016         |                     |
|--|--------------|-------------------|--------------|---------------------|
|  | %            | €                 | %            | €                   |
| Bruttospielerträge   |              | 24.196.498,50     |              | 26.572.872,50       |
| Spielbankabgabe  | 67,80%       | 16.404.548,25     | 66,80%       | 17.750.678,83       |
| Umsatzsteuerbelastung<br>(verrechnete Vorsteuer)   | 1,66%        | 402.705,01        | 1,87%        | 496.984,86          |
| <b>Bisherige Gesetzeslage:</b>   |              |                   |              |                     |
| <b>Umbuchung auf Ebene der Finanzverwaltung zum Ausgleich der Umsatzsteuerzahllast</b>                                     |              |                   |              |                     |
| Spielbankabgabe  |              | 16.404.548,25     |              | 17.750.678,83       |
| davon Anrechnung USt nach § 8 Abs. 5<br>SpielbG  |              | - 3.569.075,79    |              | - 3.745.742,68      |
| verbleibende Spielbankabgabe   |              | 12.835.472,46     |              | 14.004.936,15       |
| <b>Gewinn aufgrund betriebswirtschaftlicher Prognose<br/>(lt. Finanzministerium als angemessener Gewinn zu beurteilen)</b> |              | <b>948.647,33</b> |              | <b>1.088.282,94</b> |
| <b>Rechtslage nach § 11 Abs. 2 SpielbG-E:</b>  |              |                   |              |                     |
| Spielbankabgabe (brutto)   |              | 16.404.548,25     |              | 17.750.678,83       |
| <b>Anrechnung Ust Zahllast</b>   |              |                   |              |                     |
| USt aufgrund Bruttospielertrag lt. Jahresabschluss   | 3.863.146,78 |                   | 4.242.727,54 |                     |
| Vorsteuerkürzung   | - 402.705,01 |                   | - 496.984,86 |                     |
| Zahllast = Tilgungsbetrag iSd. § 7a<br>Abs. 1 SpielbG-E  | 3.460.441,77 | - 3.460.441,77    | 3.745.742,68 | - 3.745.742,68      |
|  |              | 12.944.106,48     |              | 14.004.936,15       |
| vom Spielbankunternehmer<br>gez. Vorsteuer   |              | 402.705,01        |              | 496.984,86          |
| tatsächliche Belastung   |              | 13.346.811,49     |              | 14.501.921,01       |
| bisher zu zahlende Spielbankabgabe   |              | - 12.835.472,46   |              | - 14.004.936,15     |
| <b>Nachforderung Spielbankabgabe</b>   |              | <b>511.339,03</b> |              | <b>496.984,86</b>   |
| Gewinn lt. HB  |              | 948.647,33        |              | 1.088.282,94        |
| abzüglich Nachforderung Spielbankabgabe  |              | - 511.339,03      |              | - 496.984,86        |
| <b>Tatsächlicher Gewinn</b>  |              | <b>437.308,30</b> |              | <b>591.298,08</b>   |

Die gezahlte Vorsteuer mindert zwar die Umsatzsteuerzahllast, sodass bei einem gewöhnlichen gewerblichen Unternehmer im Rahmen des geltenden Mehrwertsteuersystems diese vom Ergebnis her neutral wäre. Im Fall der Spielbank entfällt diese Minderung der Umsatzsteuerzahllast bzw. Erstattung der gezahlten Vorsteuer, da es in gleicher Höhe zu einer Kompensation durch

Spielbankabgabe kommt. Wirtschaftlich betrachtet kann die Vorsteuer daher innerhalb des Umsatzsteuersystems nicht abgezogen werden. Die Korrekturvorschrift des § 9b Abs. 1 EStG wirkt daher nicht mehr neutralisierend, sondern belastend für den Spielbankunternehmer, da er die Vorsteuer weder nach § 9b Abs. 1 EStG noch (wirtschaftlich betrachtet) nach § 15 UStG abziehen kann.

Der Spielbankunternehmer bleibt daher auf der gezahlten Vorsteuer sitzen. Dies entspricht jedoch nicht dem Sinn und Zweck des § 9b Abs. 1 EStG. Er wird dadurch im Ergebnis schlechter behandelt als ein gewöhnlicher Gewerbetreibender. Soweit auf Ebene des Spielbankunternehmers ein Vorsteuerbetrag nicht abgezogen werden kann, ist er den Anschaffungs- oder Herstellungskosten des zugehörigen Wirtschaftsguts zuzurechnen. Nur so lässt sich eine Belastung vermeiden. Dies verkennt die Begründung des vorliegenden Entwurfs.

## **V. Schlussfolgerungen und Empfehlungen**

Der Gesetzentwurf enthält einige Änderungen, welche der Spielbank in Bad Homburg grundsätzlich entgegen kommen. Zu nennen sei hier die Absenkung der Spielbankabgabe um 5 Prozentpunkte nach § 8 SpielbG-E. Vor dem Hintergrund der zahlreichen zusätzlichen Belastungen der vergangenen Jahre (unregulierter Online-Markt, Nichtraucherschutzgesetz) wird diese Senkung der Abgabensätze jedoch Ermäßigungsanträge nicht verhindern können.

Daneben sind vor allem die Regelungen zu den Spielbankstandorten (§ 2 SpielbG-E), zur Tilgung der Umsatzsteuer (§ 7a SpielbG-E) und zur Abgabenermäßigung (§ 11 SpielbG) aus steuerlicher Sicht kritisch zu beurteilen.

Die offene Festlegung der Spielbankstandorte auf bis zu 4 Spielbanken in Hessen ohne die Standorte selbst gesetzlich zu regeln, bürgt erhebliche Unsicherheiten für die derzeit bestehenden Spielbankstandorte. Daneben besteht die Gefahr des Aufzehrungswettbewerbs durch eine weitere Spielbank im Rhein-Main-Gebiet, da der Markt weitestgehend gesättigt sein dürfte. Im Falle einer weiteren Spielbank im Rhein-Main-Gebiet würden nicht nur die bestehenden Spielbanken mit erheblichen Gewinneinbußen rechnen müssen, sondern bei einer Gesamtbetrachtung das Land und die Spielbankgemeinden Ertragsminderungen aus der Spielbankabgabe hinnehmen müssen, da bei gleichbleibenden oder sogar steigenden Ausgaben die Erträge aus den einzelnen Spielbanken sinken würden und die Spielbankabgabe nach § 11 SpielbG-E ermäßigt werden müsste, was bezogen auf Gesamt-Hessen zu einer Minderung der Einnahmen der öffentlichen Haushalte führen würde.

Weiterhin ist die Tilgungsbestimmung als zu unbestimmt zu kritisieren, was das aktuell geführte Klageverfahren hinsichtlich des begriffsgleichen § 8 Abs. 5 SpielbG zeigt.

Daneben führt die Anknüpfung der Umsatzsteuer und Vorsteuer an die Belastung mit Spielbankabgabe in § 7a Abs. 3 SpielbG-E zu einer mittelbaren Doppelbelastung von Spielbankabgabe und Umsatzsteuer, da wegen der verfassungsrechtlich notwendigen Anknüpfung der Spielbankabgabe an den nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit angemessenen Anteil am Gewinn



und die Einbeziehung sämtlicher Einnahmen in die Ermittlung des angemessenen Gewinns auch Einnahmen erfasst werden, die nicht unmittelbar mit Spielbankabgaben belastet sind.

Vor diesem Hintergrund sollte § 7a SpielbG-E wie folgt formuliert werden:

#### § 7a SpielbG-E:

„(1) Abs. 1 wird wie folgt gefasst:

Übersteigt in einem Umsatzsteuervoranmeldungszeitraum die maßgebliche Umsatzsteuer die maßgebliche Vorsteuer, wird der übersteigende Betrag *auf die Spielbankabgabe angerechnet (Anrechnungsbetrag)*.

(2) Abs. 2 entfällt

(3) Abs. 3 wird zu Abs. 2 und wird wie folgt gefasst:

Maßgebende Umsatzsteuer im Sinne des Abs. 1 ist die der Festsetzung zugrunde gelegte Umsatzsteuer der Spielbankunternehmerin oder des Spielbankunternehmers, soweit sie auf Umsätzen der Spielbankunternehmerin oder des Spielbankunternehmers beruht, *die im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Betrieb der Spielbank stehen*. Maßgebende Vorsteuer im Sinne des Abs. 1 ist die nach dem Umsatzsteuergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Februar 2005 (BGBl. I S. 386), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Juli 2017 (BGBl. I S. 2745), abziehbare und abzugsfähige Vorsteuer für Leistungen, die die Spielbankunternehmerin oder der Spielbankunternehmer zur Ausführung von Umsätzen verwendet, *die im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Betrieb der Spielbank stehen*. Dies gilt auch dann, wenn die Spielbankunternehmerin oder der Spielbankunternehmer von dem Recht auf Vorsteuerabzug keinen Gebrauch macht.

(4) Abs. 4 wird zu Abs. 3 und Abs. 5 wird zu Abs. 4.“

Schließlich führt die Anknüpfung der Abgabenermäßigung an eine steuerliche Gewinnermittlung unter Einschluss des § 9b Abs. 1 EStG zu einer ungerechtfertigten Belastung des Spielbankunternehmers, da er die gezahlte (und damit belastend wirkende Vorsteuer) weder nach dem Einkommensteuerrecht abziehen kann noch nach dem Umsatzsteuerrecht, da jede Minderung der Umsatzsteuerzahllast korrespondierend zu einer Erhöhung der Spielbankabgabe führt. Die Abgabenermäßigung sollte daher entweder nach einer Gewinnermittlung nach den Grundsätzen des § 4 Abs. 3 EStG erfolgen, wonach die Vorsteuer als Betriebsausgabe abzugsfähig ist, oder die Vorsteuer muss als Teil der Anschaffungskosten berücksichtigt werden dürfen.

Daneben sollte die Bedingung für die Abgabenermäßigung an die Nichterhebung der weiteren Leistungen aufgehoben werden, da hierdurch die Kompetenz für die Entscheidung der Abgabenermäßigung in unzulässiger Weise auf die Spielbankgemeinden übertragen wird.

#### VI. Abschließende Bemerkungen zu der Stellungnahme

Die Stellungnahme wurde nur im Zusammenhang mit den von uns erbrachten Beratungsleistungen für die Francois-Blanc-Spielbank GmbH Bad Homburg zur Anhörung im Hessischen Landtag sowie vor den Landtagsfraktionen erstellt und ist daher nicht für andere Zwecke geeignet.

Die in dieser Stellungnahme enthaltenen Informationen basieren auf Quellen, von deren Verlässlichkeit KPMG ausgeht. Eine Verantwortung für die Richtigkeit und Vollständigkeit dieser Informationen übernimmt KPMG jedoch nicht.

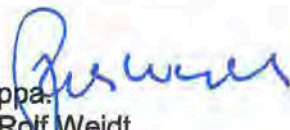
Die schriftliche Stellungnahme entspricht dem Rechtsstand des Unterschriftsdatums. Es gibt die aufgrund des geltenden Rechts einschließlich der Verwaltungsauffassung und der Rechtsprechung gewonnene Rechtsauffassung von KPMG im vorliegenden Fall wieder. Die Stellungnahme sollte allerdings nicht als Garantie für ein bestimmtes Ergebnis verstanden werden. Die jeweiligen Behörden und Gerichte sind bei ihrer Rechtsanwendung autonom.


Die Rechtslage kann sich – ggf. mit Wirkung für die Vergangenheit – ändern. Dies gilt auch für die Auffassungen von [Behörden und Gerichten. Es wird keine Verpflichtung übernommen, die schriftliche Stellungnahme nach dem Unterschriftsdatum zu überarbeiten oder die weitere Rechtsentwicklung in anderer Weise zu verfolgen.

Diese schriftliche Stellungnahme ist nicht dazu vorgesehen noch darauf ausgerichtet, Dritten zugänglich gemacht zu werden oder diesen als Entscheidungs- oder Informationsgrundlage zu dienen. Die schriftliche Stellungnahme ersetzt nicht eine eigene rechtliche, kommerzielle oder sonstige Prüfung durch Dritte.

Die schriftliche Stellungnahme darf vorbehaltlich unserer ausdrücklichen, schriftlichen Zustimmung nur in vollem Wortlaut und nur dann an Dritte weitergegeben werden, wenn sich der jeweilige Dritte zuvor schriftlich mit der Geltung der aktuellen Allgemeinen Auftragsbedingungen (AAB) unserer Haftungsbeschränkung und dieser Weitergaberegulierung sowie damit einverstanden erklärt hat, die schriftliche Stellungnahme seinerseits vertraulich zu behandeln und nicht weiterzugeben.

Freundliche Grüße

  
ppa.  
Rolf Weidt  
Steuerberater

i. V.   
Svan Oehmcke  
Rechtsanwalt





Hessischer Städtetag · Frankfurter Straße 2 · 65189 Wiesbaden

Hessischer Landtag  
Vorsitzender des Innenausschusses  
des Hessischen Landtages  
Schlossplatz 1 – 3

65183 Wiesbaden

**Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz zur  
Änderung des Hessischen Spielbankgesetzes**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Klee,  
sehr geehrte Damen und Herren Landtagsabgeordnete,

wir danken für die Gelegenheit zum Gesetzentwurf der  
Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen  
Spielbankgesetzes eine Stellungnahme abgeben zu können.

Mit dem Entwurf des Hessischen Spielbankengesetzes haben  
sich das Präsidium und der Hauptausschuss unseres  
Verbandes in ihrer Sitzung am 14.9.2017 befasst. Sie haben  
beschlossen:

Präsidium und Hauptausschuss

1. fordern den Hessischen Landtag auf, die notwendige Ausgleichszahlung  
an die Spielbanksitzstädte im derzeit in der Beratung stehenden  
Spielbankgesetz zu verankern.

2. fordern hilfsweise vom Ministerium des Innern und für Sport, auch für  
das Jahr 2017 und die Folgejahre Zuweisungen aus dem  
Landesausgleichsstock an die Spielbanksitzstädte zum Ausgleich von  
Mindererträgen nach Änderung des Spielbankgesetzes und der danach  
folgenden Umsatzbesteuerung der Spielbanken zu zahlen.

Ihre Nachricht vom:  
09.10.2017

Ihr Zeichen:  
I A 2.1

Unser Zeichen:  
108.37 Ri/He

Durchwahl:  
0611/1702-21

E-Mail:  
risch@hess-staedtetag.de

Datum:  
06.11.2017

Stellungnahme-Nr.:  
118-2017

Verband der kreisfreien und  
kreisangehörigen Städte im  
Land Hessen

Frankfurter Straße 2  
65189 Wiesbaden  
Telefon: 0611/1702-0  
Telefax: 0611/1702-17

posteingang@hess-staedtetag.de  
www.hess-staedtetag.de

Nassauische Sparkasse Wiesbaden  
BIC: NASSDE55  
IBAN: DE79 5105 0015 0100 0727 77

Diese Forderung ist dadurch begründet, dass die Sitzstädte der Spielbanken nach der Konzeption der Hessischen Landesregierung finanzielle Einbußen erleiden, während das Land die Kompensationszahlung des Bundes überproportional vereinnahmt.

### **Zum Hintergrund**

Die Umsätze der Spielbanken unterlagen seit dem Jahr 1967 nicht der Umsatzsteuer. Dieser Zustand endete durch das Bundesgesetz zur Eindämmung missbräuchlicher Steuergestaltungen vom 28.4.2006. Seit diesem Zeitpunkt unterliegen die Spielbanken wieder der Umsatzsteuer.

Das Land Hessen hat auf diese Entwicklung mit dem Erlass des Hessischen Spielbankgesetzes 2007 reagiert (Gesetz vom 15.11.2007, GVBL. I S. 753). Der Landesgesetzgeber hatte im Hessischen Spielbankgesetz 2007 festgelegt, dass der Spielbankunternehmer, sollte er Umsatzsteuer entrichten müssen, diese Steuer aus dem Aufkommen der Spielbankabgabe tilgen kann (§ 8 Abs. 5 SpielbG). Damit mussten die Spielbanksitzstädte erhebliche Mindereinnahmen verkraften, weil sich ihr Ertrag aus der Spielbankabgabe erheblich schmälerte (§ 13 SpielbG – "Gemeindeanteil").

Zum Ausgleich dieser Verluste hat das Land Hessen seit dem Jahr 2006 jährlich Zuweisungen aus dem Landesausgleichsstock für Sitzstädte von Spielbanken bewilligt. Diese Zuweisungen dienten dazu, die bundesrechtlich verursachten Mindereinnahmen der Städte auszugleichen.

Dieser Lösungsansatz war insgesamt systemgerecht. Nach der Antwort des Hessischen Ministers des Innern und für Sport auf die kleine Anfrage des Abg. Barth (SPD) erhielt die Gesamtheit der Länder vom Bund einen Ausgleich in Höhe von 60 Millionen Euro. Der auf das Land Hessen entfallende Anteil ging in die Steuerverbundmasse ein und kam in Höhe des kommunalen Anteils dem KFA zugute. Über den Landesausgleichsstock wurden die Mittel den durch die Änderung des Bundesrechts belasteten Kommunen zugeleitet.

Den Sitzstädten der Spielbanken Bad Homburg v.d. Höhe, Kassel und Wiesbaden hat das Innenministerium zuletzt im Mai 2017 für das Jahr 2016 solche Mittel bewilligt.

Staatsminister Beuth wies im Schreiben an die Sitzstädte darauf hin, die Zuweisung werde letztmalig für das Jahr 2016 gezahlt. Die Städte mit Spielbanken, so heißt es in dem Ministerbrief, hätten seit dem Jahr 2006 Zuweisungen aus dem Landesausgleichsstock zum

Ausgleich der Mindereinnahmen aus der Spielbankabgabe wegen des Wegfalles der Umsatzsteuerbefreiung erhalten. Voraussetzung für eine Zuweisung aus dem Landesausgleichsstock sei eine außergewöhnliche Belastung und Härte bei der Durchführung des Kommunalen Finanzausgleichs. "Nach über zehnjähriger Berücksichtigung des Wegfalls der Umsatzsteuerbefreiung ist ab dem Jahr 2017 keine besondere Härte mehr gegeben, die eine Zuweisung aus dem Landesausgleichsstock begründen könnte."

Für die Sitzstädte ist diese Position nicht begründet. Das Land Hessen hatte der Zuweisung aus dem Landesausgleichsstock selbst den Zweck beigelegt, die erheblichen gemeindlichen Verluste infolge der Änderung des Spielbankgesetzes auszugleichen. Die damals ausschlaggebenden Gründe bestehen auch im Jahr 2017 und den Folgejahren fort. Die nicht unerheblichen Mindereinnahmen nach Wegfall der Umsatzsteuerbefreiung erreichen wieder ihre volle Höhe, sollte die Zuweisung aus dem Landesausgleichsstock entfallen.

### **Unsere Forderung**

Aufgrund dieser Tatsachen, fordern wir den Hessischen Landtag auf, den notwendigen Ausgleich für die Sitzstädte direkt im Hessischen Spielbankengesetz zu verankern.

Konkret sollte folgender Satz eingefügt werden: "Die Gemeinde, in der eine öffentliche Spielbank betrieben wird, erhält von der Spielbankabgabe (§ 8) und den zusätzlichen Leistungen (§ 9) dieser Spielbank einen Anteil in Höhe von .... vom Hundert." (§ 13 Satz 2 SpielbG).

Die entsprechende Regelung in der SpielbVO könnte dann entfallen. Der Zahlenwert ist noch festzulegen. Dieser Lösungsansatz hat den Vorteil, dass die notwendige Klärung der Finanzbeziehungen zwischen dem Land Hessen und den Standortgemeinden ausschließlich im Spielbankgesetz selbst erfolgt. Für alle anderen Kommunen ist positiv, dass der Landesausgleichsstock dann für seine üblichen Verwendungszwecke ungeschmälert zur Verfügung steht.

Alternativ halten wir es für vertretbar, die bisherige Lösung fortzuführen.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Ben Michael Risch  
Referatsleiter

Postanschrift: Stadtverwaltung 61343 Bad Homburg v.d.Höhe

Hessischer Landtag  
Der Vorsitzende des Innenausschusses  
z. Hd. Frau Dr. Lindemann  
Postfach 3240  
65022 Wiesbaden

**EINGEGANGEN**

**07. Nov. 2017**

**HESSISCHER LANDTAG**

**Der Magistrat**  
**Fachbereich Finanzen**  
**- Stadtkämmerei -**

Rathaus - Rathausplatz 1  
Bad Homburg v.d.Höhe  
Ansprechpartner/in: Hr. Stauf  
Geschoss/Zimmer: 2. OG./239  
Telefonzentrale: 06172 / 100-0  
Telefon direkt: 06172 / 100-2010  
Telefax: 06172 / 100-2060  
E-Mail: harald.stauf@bad-homburg.de

Gz.: 20.1/20.1.11.10.0001-0003/2017

02.11.2017

Ihr Zeichen: I A 2.1

## **Gesetz zur Änderung des Hessischen Spielbankgesetzes; Stellungnahme der Stadt Bad Homburg v.d.Höhe**

Sehr geehrte Frau Dr. Lindermann,

vielen Dank für die Gelegenheit zur Stellungnahme zu dem vorliegenden Gesetzesentwurf zur Änderung des Spielbankgesetzes.

Der Gesetzesentwurf berücksichtigt, dass nach Schließung der Spielbank am Flughafen Frankfurt am Main in Hessen nur noch drei Spielbanken bestehen. Ungeachtet dessen sieht der Entwurf aber auch vor, dass in Hessen bis zu vier Spielbanken errichtet und betrieben werden können. Damit bliebe auch die Option z.B. für eine weitere Spielbank im Rhein-Main-Gebiet erhalten.

Das Potenzial an Spielbankbesuchern im Rhein-Main-Gebiet ist durch die Standorte Mainz, Wiesbaden und Bad Homburg weitestgehend ausgeschöpft. Eine weitere Spielbank erscheint daher kaum geeignet, einen höheren Gesamtspielertrag in dieser Region zu generieren. Im Gegenteil würde eine weitere Spielbank in unmittelbarer räumlicher Nähe der bestehenden Spielbanken zu einer existenziellen Bedrohung für deren Bestand führen. Ein wirtschaftlich vertretbarer Betrieb dieser Spielbanken würde in jedem Fall eine erhebliche Absenkung der Abgaben erfordern. Damit hätten das Land und die Standortgemeinden, bei gleichbleibendem Gesamtbruttospielertrag, die mit einer weiteren Spielbank einhergehenden zusätzlichen Betriebskosten über eine Abgabensenkung zu kompensieren. Vor diesem Hintergrund sollte die Anzahl der Spielbankstandorte auf die bestehenden 3 Spielbankgemeinden beschränkt bleiben.

Weiterhin sieht der Gesetzentwurf in § 2 „Spielbankstandorte“ vor, dass die Landesregierung durch Rechtsverordnung bestimmt, in welchen Gemeinden eine Spielbank errichtet und betrieben werden darf. Diese Regelung sollte gestrichen werden, damit die Entscheidung über Spielbankstandorte nach wie vor bei dem Landesgesetzgeber verbleibt und somit auch die Möglichkeit der Anhörung im Gesetzgebungsverfahren verbleibt.

Öffnungszeiten Rathaus:  
Mo, Mi, Fr 8.00 – 12.00  
Mi 14.00 – 17.00  
sowie nach Vereinbarung  
USt-Id-Nr.: DE 114 110 224

Öffnungszeiten Stadtläden:  
Mo, Do 7.30 – 16.00  
Mi 7.30 – 18.00  
Di, Fr 7.30 – 12.00  
Steuer-Nr.: 003 226 0500 3

Bankverbindung  
IBAN  
Swift BIC  
[www.bad-homburg.de](http://www.bad-homburg.de)

Taunus-Sparkasse  
DE58 5125 0000 0001 0140 05  
HELADEF1TSK



Rathaus  
1, 11, 2, 12, 4  
Marienbader Platz  
3, 6, 7, 261

Die Spielbankgemeinden haben einen Erlass aus dem Hessischen Ministerium des Innern und für Sport erhalten, in dem darauf hingewiesen wird, dass die über 10 Jahre gewährte Kompensationsleistung für Einnahmeausfälle, die den Gemeinden im Zusammenhang mit der Umsatzbesteuerung des Spielbetriebes entstanden sind, letztmals für das Jahr 2016 zur Verfügung gestellt wird. Als Begründung für die Streichung dieser Leistung ist ausgeführt, dass nach nunmehr über zehnjähriger Berücksichtigung des Wegfalls der Umsatzsteuerbefreiung kein Härtefall mehr gegeben sei, der eine Zuweisung aus dem Landesausgleichsstock begründen könnte.

Die Standortgemeinden traf diese Nachricht völlig unvorbereitet in der finalen Phase der Erstellung ihrer Haushaltsentwürfe für das Jahr 2018. Die damit einhergehenden Auswirkungen für die aktuelle Haushaltsplanung sind nicht unerheblich und werden noch verstärkt dadurch, dass wegen des periodengerechten Nachweises auch schon das lfd. Haushaltsjahr 2017 betroffen ist.

Der vom Land gewährte teilweise Ausgleich der Einnahmeausfälle ist von den Kommunen zu keinem Zeitpunkt als Härtefallregelung empfunden worden, da es sich dabei vielmehr um deren Anteil an den dem Land seitens des Bundes gewährten „Kompensationsmitteln“ insbesondere in Form erhöhter Umsatzsteueranteile handelt.

Es ist daher sachgerecht, in § 13 den Verweis auf § 8 Abs. 5 zu streichen und den Gemeindeanteil künftig von der ungeminderten Spielbankabgabe zu gewähren.

Zumindest wäre eine Beteiligung der Standortgemeinden an den Kompensationsmitteln, die das Land durch zusätzliche Umsatzsteueranteile erhält, angezeigt.

Gerne nehmen wir die Gelegenheit zur Anhörung vor dem Innenausschuss des Hessischen Landtages am 09. November 2017 wahr. Die Stadt Bad Homburg v.d.Höhe wird in diesem Termin von Herrn Stadtrat Meinhard Matern in Begleitung von Herrn Harald Stauf (Fachbereichsleiter Finanzen) vertreten.

Mit freundlichen Grüßen



Alexander W. Hetjes  
Oberbürgermeister